

# Startschuss für den Badesee gegeben

BAD BOCKLET (EHA)

**Das Rote Kreuz wird sich nicht in Bad Bocklet engagieren. Die Nachricht wurde im Gemeinderat relativ gelassen hingenommen.**

Vielmehr scheint es, dass man nach eineinhalb Jahren Hoffen und Bangen endlich froh ist, eine klare Entscheidung auf dem Tisch zu haben, um nun entsprechend agieren zu können. Doch zunächst sei der Staat als Eigentümer der Liegenschaften gefordert, wenn es darum geht, eine Lösung zu finden, machte Bürgermeister Armin Faber gleich zu Beginn der Sitzung deutlich.

Eine spruchreife Nachfolgelösung gibt es nicht, so der Rathauschef. Nun sei der Ball beim Eigentümer. Jetzt gelte es, Lösungsvorschläge abzuwarten und seitens

des Marktes gegebenenfalls Alternativen aufzuzeigen. „Die Gemeinde will eine Weiterentwicklung der Kur in Bad Bocklet und fördert dies auch“, so Faber. Der Eigentümer (Freistaat Bayern) sei jedoch in der Pflicht. Auf Anfrage von Ernst Hartl, ob dies nun die endgültige Absage des Roten Kreuzes ist, zumal ein Entscheidungstermin im Mai im Raum stand, sagte Faber, dass an der Entscheidung nicht mehr zu rütteln ist. Franz Buschbacher plädierte dafür, mit dem Staat weiterhin Kontakt zu halten. Die Bevölkerung brauche die Gewissheit, dass die Gemeinde im Gespräch mit dem Eigentümer bleibt.

Drei zukunftsweisende Entscheidungen stehen heuer für Bad Bocklet an. Zwei der großen Entscheidungen sind in dieser Woche gefallen. Eine hat das Präsidium des Roten Kreuzes in München am Montag mit der Absage an Bad Bocklet getroffen (wir berichteten). Eine weitere große Entscheidung wird die Gründung einer Kurbetriebsgesellschaft mit all ihren Nebenwirkungen, wie beispielsweise

der Fremdenverkehrsabgabe und weiteren Belastungen des Haushalts, sein. Doch die zweite große Entscheidung fiel quasi nebenbei am Dienstag in der Gemeinderatssitzung.

Der Gemeinderat ist sich einig, dass das Projekt Badesee, in das gemeinsam mit privaten Investoren rund 40 Millionen investiert werden sollen, die Zukunft für ganz Bad Bocklet sein kann. Einstimmig beauftragte der Gemeinderat die Verwaltung, das Raumordnungsverfahren in die Wege zu leiten. Nach der Vorplanungsphase ist somit der Startschuss für den Badesee gegeben.

Robert Knidlberger vom Büro für Freiraum und Landschaftsarchitektur zeigte den Gemeinderäten die weitere Planungshierarchie auf. Der Einstieg in die Planung über ein Raumordnungsverfahren sei sinnvoll, so der Landschaftsplaner, da bereits im Vorfeld mit relativ geringem Aufwand die Träger öffentlicher Belange ihre Stellungnahme abgeben, die dann bei der weiteren Planung gleich mit einbezogen

werden können. Probleme werden bereits von vornherein offen gelegt. Wasserwirtschaftsamt und Untere Naturschutzbehörde werden frühzeitig mit einbezogen. Notwendige Studien schaffen im Vorfeld Planungssicherheit für das Genehmigungsverfahren zum Bau des Sees und der Freizeitanlage.

Im Planfeststellungsverfahren wird das Wasserwirtschaftsamt intensiv gehört. Die Änderung des Flächennutzungsplans steht kurz vor der Auslegung. Im günstigsten Fall wird die Planungsphase ein bis eineinhalb Jahre in Anspruch nehmen. Der Bürgermeister versicherte, dass die Regierung dem Großprojekt positiv gesonnen ist und Unterstützung zusagte. Im Raumordnungsverfahren ist eine öffentliche Auslegung mit Bürgerbeteiligung vorgesehen.

Hans Bauer wollte noch Details abgeklärt haben: Plötzlich sei von einem 40-Millionen-Projekt die Rede, die Wasserzufuhr werde unter anderen Gesichtspunkten gesehen und die Ferienhaussiedlung sei Zeitungsberichten zu Folge zu nah

an der Straße. Faber führte an, dass es sich bei der Freizeitanlage um ein Kristallisierungsprojekt handelt. Von vornherein sei klar gewesen, dass sich einiges daraus entwickeln könne. Das Projekt Badesee sei wie gehabt mit 13,2 Millionen veranschlagt. Für die restlichen rund 30 Millionen seien Privatinvestoren da, die in Campingplatz, Ferienhaussiedlung und Gastronomie investieren wollen.

Um die Verdunstungsverluste im See zu kompensieren, seien nach den gemachten Voruntersuchungen verschiedene Varianten denkbar, sagte Faber (wir berichteten ausführlich). Bei der Verschiebung der Ferienhaussiedlung handle es sich lediglich um Nuancen. Zudem sei in Richtung Hohn genügend Platz zum Ausweiten da. Georg Christoph schlug vor, nun endlich ins Raumordnungsverfahren überzugehen. Der Plan werde eh neu geprüft. „Wir waren uns doch einig“, sagte Christoph. Und so war die Abstimmung dann auch einstimmig.